

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 11

Artikel: Gibt es sie real?
Autor: Bruderer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093663>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gibt es sie real?

Die Sowjetunion kündigt eine Reduktion ihres Militärpotentials an, und der Westen weiss nicht, wie er darauf reagieren soll. Die Sowjetunion bekennt sich in militärischen Belangen zum Begriff der Verhältnismässigkeit, und der Westen weiss nicht, was diese darstellt. Aber da ist er nicht allein. Auch in der UdSSR weiss man das noch nicht.

In den offiziellen sowjetischen Dokumenten und in den Aussagen der politischen und militärischen Führung der Sowjetunion werden die Grundsätze der Militärdoktrin verkündet, die auf der Priorität der Verteidigung gegenüber der Offensive und auf dem Prinzip der «vernünftigen Hinlänglichkeit» der Bewaffnung beruhen.

Die sowjetische Führung erklärte ihre Bereitschaft zur Reduktion der Streitkräfte um 500 000 Mann, um 10 000 Panzer, um 8500 Artilleriesysteme, um 820 Kampfflugzeuge und des Militärbudgets um 14 %.

Viele sowjetische Politiker, Militärführer und Zeitungskommentatoren äussern sich erstaunt und entrüstet darüber, dass der Westen auf diese Ankündigungen nur zögernd reagiert, nicht sofort mit entsprechenden eigenen Reduktionen antwortet und nur vorsichtig bis skeptisch die sowjetische «Verteidigungsdoktrin» beurteilt.

Diesmal die Wahrheit?

Eigentlich könnte das folgende Zitat aus der sowjetischen Monatsschrift «Nowij mir» Nr. 2, 1989, genügen, um die Haltung des Westens zu erklären: «Unsere Politiker haben dem Volk nicht immer die Wahrheit gesagt . . . Beim Partei- und Staatsmonopol der Information, bei dem es niemanden gibt, der die Lüge desavouieren kann, ist die Lüge masslos. Unter solchen Umständen kann man nicht ein wenig betrügen, ein wenig ein falsches Spiel treiben und dann mit dem ehrlichen Spiel beginnen. Um etwas zu verändern, müsst ihr öffentlich zugeben, dass ihr früher gelogen habt. Aber wie könnt ihr beweisen, dass ihr nicht wieder lügt?»

Früher: Offensive als Missionspflicht

Trotz dieses klaren Urteils wollen wir die Glaubhaftigkeit und die Realität der neuen sowjetischen Sicherheitspolitik näher untersuchen.

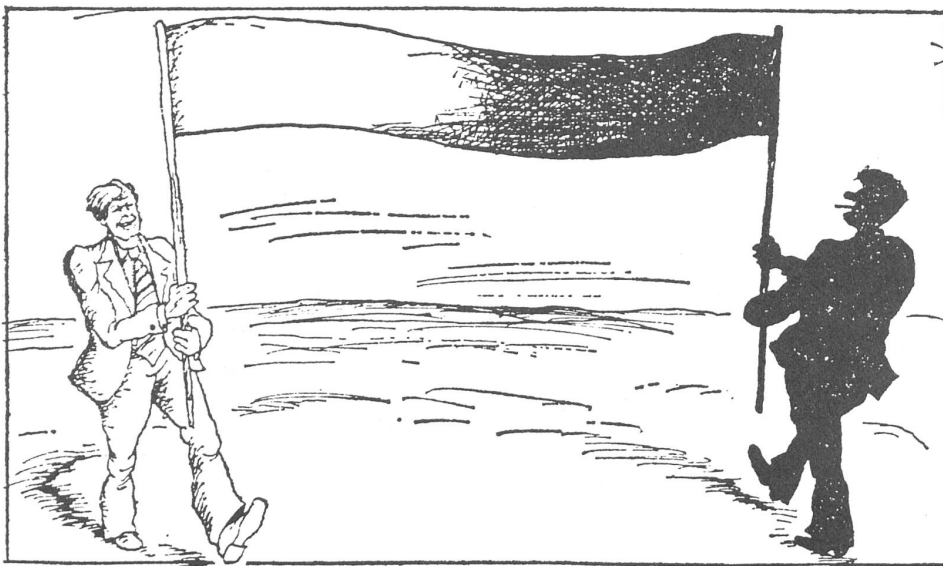
Schon in den ersten Jahren der Sowjetmacht betrachtet die Partei- und Staatsführung die Offensive als die strategische Hauptfunktion der bewaffneten Streitkräfte. Dieser Leitlinie folgte auch M. Frunse mit seiner These «Alles für die Offensive». Im Jahre 1929 ent-

wickelte der stellvertretende Generalstabschef, V. Triandafilow, die Theorie der «Tiefen Operationen», deren Hauptgrundsatz im massierten Einsatz von Kampfpanzern mit maximalem Tempo in der ganzen Tiefe der gegnerischen Verteidigung bestand. Am 17. Parteitag erklärte V. Blücher: «Panzer und Flugwaffe, diese Produkte des ersten Fünfjahresplans, werden die sozialistische Pflicht gegenüber der Sowjetunion nicht nur an der Grenze, nicht nur an der Front, sondern auch tief im Hinterland des imperialistischen Gegners erfüllen.»

Das für viele sowjetische Politiker und Militärführer jener Zeit typische Offensivdenken war die Folge der in der Revolutions- und Nachrevolutionszeit verbreiteten Idee der Weltrevolution. Unter Stalin wurde die Angriffsdoktrin weiterentwickelt und bestätigt. In seiner Arbeit «Fragen der gegenwärtigen Strategie» hat M. Tuchatschewski die Vorbereitung der Roten Armee zum Angriffskrieg zur Unterstützung der neuen sozialistischen Revolution postuliert: «Jedes von uns besetzte Territorium wird nach der Besetzung zum sowjetischen Territorium . . . Auf diese Weise erweitern wir nicht nur unsere Kriegsbasis, sondern die sozialistische Basis überhaupt.»

Nach einer kurzen Periode der Unschlüssigkeit und der Suche nach neuen strategischen Alternativen in den Jahren 1938–1940, als unter dem Eindruck des Kriegs gegen Finnland die Panzerkorps und Flugwaffenarmeen aufgelöst wurden, wurde wieder die Theorie der «Tiefen Operationen» hervorgeholt und wurden die aufgelösten grossen mechanisierten Verbände wieder aufgestellt. In den internen Weisungen wurden die Armeemitglieder aufgefordert, «Kenntnisse über die geographischen Besonderheiten der angrenzenden Länder zu erwerben».

In einer Untersuchung über die Geschichte der sowjetischen Militärdoktrin schrieb kürzlich G. Alimursajew: «Nach dem Zweiten Weltkrieg und jahrelang später betrachteten wir als die beste Methode für unsere eigene Sicherheit die Schaffung einer maximalen Bedrohung für das Territorium und die Bevölkerung der Länder, die wir als Gegner betrachteten.»



«Iswestija», Moskau, 22. 8. 1988

Das Umdenken ist da, sein Ergebnis noch nicht

Ist es angesichts solcher Entwicklung der sowjetischen Militärdoktrin verwunderlich, dass nach 70 Jahren der proklamierten und praktizierten sowjetischen Angriffsdoktrin die verbalen Deklarationen über den Wandel zur reinen Verteidigungsdoktrin der Sowjetunion im Westen zunächst eine abwartende und zum Teil skeptische Haltung hervorrufen?

Die Militärdoktrin eines Staates, also die Gesamtheit der offiziellen Ansichten über Ziele und Charakter eines möglichen Kriegs, über die Vorbereitung des Landes und der Streitkräfte zum Krieg und über die Grundsätze der Kriegsführung, wird während Jahren entwickelt und diskutiert und dann ebenfalls jahrelang in den operativen Plänen, in der taktischen Ausbildung und in Dienstreglementen verwirklicht und verankert.

Dies wird von sowjetischen Fachleuten auch in bezug auf die neue Militärdoktrin bestätigt. So schreibt z. B. A. Saweljew: «Die Fragen der Militärdoktrin der Sowjetunion und des Warschauer Pakts im Zusammenhang mit dem Übergang zu Verteidigungsgrundsätzen sind gegenwärtig Gegenstand gründlicher und manchmal gegensätzlicher Untersuchungen.»

Momentan ohne Verteidigungsdoktrin

Es geht also gar nicht darum, ob man den erklärten Absichten glaubt oder nicht glaubt, sondern darum, dass es heute die Verteidigungsdoktrin der Sowjetunion noch gar nicht gibt. Offenbar kann es sie noch gar nicht geben, wenn ihre Grundsätze erst «Gegenstand gründlicher Untersuchungen» sind. Das wird auch von Armeegeneral I. Tretjak bestätigt: «Alle Änderungen, die unsere Armee betreffen, müssen tausendfach abgewogen werden, bevor endgültige Entschiede getroffen werden.»

Bedenklich ist die Unklarheit in der Kardinalfrage der Beziehung zwischen Politik und Krieg. Während M. Gorbatschow sagt: «Nach Hiroshima und Nagasaki hat der Weltkrieg aufgehört, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu sein», schreibt Generaloberst D. Wokogonow: «Der Krieg kann eine furchtbare Fortsetzung der verbrecherischen Politik sein.»

Ebenso widersprüchlich sind die Ansichten über den Nuklearkrieg. Während M. Gorbatschow und einige Militärführer behaupten, dass der Nuklearkrieg wegen der katastrophalen Resultate für alle Beteiligten unmöglich sei, meinen die anderen, dass er trotzdem möglich ist. Bei L. Saraskina lesen wir: «Der Nuklearkrieg, wenn er ausbricht, wird nicht lokalisiert werden können, sondern wird sich in einen Weltkrieg verwandeln.» Der neue Generalstabschef, Armeegeneral M. Mojssejew, schreibt: «Die Realität

ist die, dass die beiden militärpolitischen Blöcke eine grosse gegenseitige Bedrohung darstellen . . . Die militärische Bedrohung ist die Hauptquelle des Misstrauens. Solange sie existiert, wird das Misstrauen bestehen, das Nervosität und Instabilität erzeugt.»

Widersprüche und Unstimmigkeiten

Wie werden die neuen strategischen Grundsätze bei der taktischen Ausbildung der Truppen verwirklicht? Im Artikel «Unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Truppen» schreibt Generalmajor Professor A. Schramtschenko: «Die Erfahrung lehrt, dass es zweckmässig ist, die für jede Gefechtsart typischen Kampfbeispiele der Taktik festzustellen und die Ausbildung der Truppen danach auszurichten. Im Angriffsgefecht kann man folgende Kampfbeispiele als typisch bezeichnen: Feuereinwirkung auf den Gegner, Heranführen der Truppen zur Angriffsstellung, Angriff gegen die Verteidigungslinien des Gegners, Bekämpfung der gegnerischen Reserven.»

Diese Aussage demonstriert besonders deutlich, wie die Erklärungen auf höchster politischer Ebene über die Verteidigungsdoktrin der Praxis der Truppenausbildung widersprechen. Widersprüche bestehen auch in den Aussagen der sowjetischen Führung in bezug auf die Abrüstung und Reduktion des Kriegspotentials. Die entsprechenden Vorschläge von M. Gorbatschow sind allgemein bekannt. Aber der Oberkommandierende der Kriegsmarine und Stellvertreter des Verteidigungsministers, Admiral V. Tschernawin, sagt: «Die Tendenz zur Abrüstung ist nicht unumkehrbar. Die Situation in der

Welt ist jetzt so, dass die Gefahr einer militärischen Konfrontation zur See genauso gross ist wie auf dem Festland, eher noch grösser.»

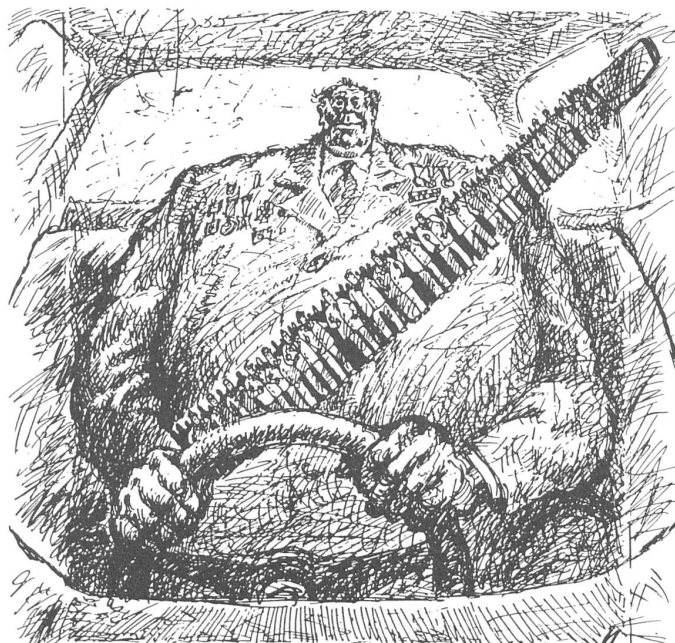
Widersprüche findet man auch zwischen den Aussagen einzelner Militärführer. Während der Verteidigungsminister, Armeegeneral D. Jasow, die Truppenreduktion um 500 000 Mann einen Beweis für die neue Verteidigungsdoktrin nennt, schreibt der Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte, Generalleutnant G. Stefanowski: «Es werden hauptsächlich solche Armeeeingehörige entlassen, deren Dienstzeit zu Ende geht, solche, die die Ehre des Offiziers besudelt haben oder aus moralischen und politischen Gründen ihrer Stellung nicht entsprechen.»

Die Truppenreduktion hat also mit der Doktrin nichts zu tun und betrifft solche Armeeeingehörige, die ohnehin entlassen worden wären.

Die Aufrechnungsfrage

Wenn man ernsthaft über die Reduktion des Kriegspotentials spricht, so muss man berücksichtigen, dass das Angriffspotential nicht nur von der Zahl der Waffen (Träger, Gefechtsköpfe usw.) abhängig ist, sondern von der Vielzahl und der Vielfalt der neuen Waffensysteme, welche die alten ersetzen.

Die Gesamtzahl der Träger und Gefechtsköpfe der strategischen Angriffswaffen der Sowjetunion und der USA stabilisiert sich eindeutig. Der Rüstungswettlauf besteht heute vorwiegend auf dem Gebiet des Ersatzes alter Waffensysteme durch neue, moder-



«Krokodil»,
Moskau, Nr. 32/1988

Рисунок И. СМЕРНОВА.

neren. Auf diesem Gebiet muss aber ein krasser Widerspruch zwischen dem Grundsatz der «vernünftigen Hinlänglichkeit» des sowjetischen Kriegspotentials und der Wirklichkeit festgestellt werden. Auf jedes neu eingeführte Waffensystem der USA antwortet die Sowjetunion regelmässig mit zwei neuen Waffensystemen:

- auf die amerikanische «MX»-Rakete mit den mobilen «SS-25» und «SS-24»
- auf das amerikanische U-Boot vom Typ «Ohio» mit «Traident-1»-Flugkörpern antwortet die Sowjetunion mit zwei U-Boot-Typen: «Taifun» und «Delta-4» mit je zwei neuen Rakentypen: «SS-N-20» und «SS-N-23»
- auf den amerikanischen Bomber «B-1B» mit den Bombern «Tu-160» und «Tu-95»
- auf die amerikanischen seegestützten Cruise Missils «Tomahawk» mit den neuen seegestützten Cruise Missils «SS-N-21» und «SS-N-24»

Würde die Sowjetunion dem Prinzip der «vernünftigen Hinlänglichkeit» wirklich folgen, hätte sie die Einführung einer Reihe neuer Waffensysteme eingestellt. Dem Prinzip der Hinlänglichkeit entspricht auch die tiefgestaffelte und sehr teure sowjetische Luftabwehr nicht. Sie umfasst heute 8600 Abschusseinrichtungen für die Boden-Luft-Flugkörper und 2300 Abfangjäger, während die USA nur über 290 Abfangjäger verfügen und überhaupt keine Boden-Luft-Flugkörper haben.

Der Verteidigungsdoktrin entspricht auch die moderne und sehr starke sowjetische Kriegsmarine mit ihrer zweifelhaften Konzeption der Störung der Hochseekommunikationen und der noch zweifelhafteren Konzeption der «Suche einer Nadel im Heuhaufen», der Ortung und Vernichtung strategischer NATO-U-Bote in den Weltmeeren, nicht.

Die sowjetische Rüstungsproduktion ist immer noch auf die Angriffsdoktrin ausgerichtet. Gegenwärtig befinden sich in der Sowjetunion gleichzeitig je drei Typen von Kampfpanzern und von Schützenpanzern in Produktion. Die USA stellen entsprechend je ein Modell der Panzer und der Schützenpanzer her. Die sowjetische Flugzeugindustrie baut sieben Typen von Kampfflugzeugen, die USA nur deren drei. Für die sowjetische Kriegsmarine werden gegenwärtig fünf Typen von Kriegsschiffen und drei Typen von U-Booten gebaut. In den USA entsprechend vier und ein U-Boot-Typ.

Der sowjetische Wirtschafts- und Sicherheitspolitikspezialist A. Arbatow hat kürzlich geschrieben, dass bei der realen Befolgung des Hinlänglichkeitsgrundsatzes und bei effektiver Angleichung des sowjetischen Kriegspotentials an das amerikanische das sowjetische Militärbudget nicht wie angekündigt um 14 %, sondern um 50 % reduziert werden könnte. Das sind vorderhand die Realitäten. ■

Ein Diskussionsbeitrag von Josef Darski

Perestrojka, wofür?

Der Autor dieses Beitrags ist Mitarbeiter der polnischsprachigen Pariser Zeitschrift «Kultura».

Perestrojka gegen den Stalinismus

Michael Gorbatschow hat zum Kreuzzug gegen den Stalinismus aufgerufen; damit will er sich – wie sein Vorgänger – als direkter Nachfolger und Sachwalter Lenins empfehlen.

Gegen den Stalinismus ziehen jetzt aber nicht nur die Generalsekretäre von kommunistischen Parteien vom Leder, sondern auch noch ganz andere Leute, so zum Beispiel Adam Michnik in Polen, ein bekannter Linksintellektueller. Dieser wirft Stalin vor, die «demokratischen Freiheiten unterdrückt» und die «Demokratie durch die Bürokratie» ersetzt zu haben, wie wenn unter dem «Demokraten» Lenin die bürgerlichen Freiheiten geblüht hätten und es keine Solowezki-Inseln (vgl. «Gulag») gegeben hätte.

Michnik ortet den Stalinismus nicht nur im politischen System, sondern auch in der Wirtschaft Polens, wo er das «stalinistische Befehls- und Zuteilungssystem» anprangert, ähnlich wie es Imre Pozsgay vom Politbüro der ungarischen KP tut. Dabei übersehen beide, dass eine Wirtschaft entweder sozialistisch als Planwirtschaft oder aber kapitalistisch als Marktwirtschaft konzipiert werden kann, dass aber eine «nicht stalinistische Planwirtschaft» oder eine «sozialistische

Marktwirtschaft» so wenig möglich sind wie «brennendes Wasser».

Nach seiner Begegnung mit Andrej Sacharow in Paris (Dezember 1988) hat Lech Walesa erklärt, dass für sie – die beiden Nobelpreisträger – der Kampf gegen den Stalinismus die wichtigste Aufgabe unserer Zeit sei. Zurück in Polen verkündete der Chef der Solidarnosc, dass er nicht den Sozialismus bekämpfe, sondern den Stalinismus; «er wisse nicht, wie der Kommunismus aussehe», denn das, was er bisher gesehen habe, sei nicht Kommunismus, sondern Stalinismus gewesen. Und die Berater Walesas werden nicht müde, auf die Notwendigkeit des «Kampfes mit den Relikten des Stalinismus» hinzuweisen.

Diese Äusserungen führen zur Frage: Wo ist denn der Sozialismus; was ist aus ihm geworden? Ist er verschwunden, oder ist es so, wie Walesa behauptet, dass es bisher gar keinen Sozialismus gegeben hat, so dass nichts dagegen einzuwenden wäre, ihn endlich aufzubauen?

KP will an der Macht bleiben

Wenn die Kommunisten jetzt den Stalinismus verdammten und ihm alle Schuld für sämtliche Verbrechen des Kommunismus zuschieben, dann wollen sie sich ganz einfach davor drücken, die historische Niederlage des Sozialismus und ihre eigene Verantwortung für das, was sie begangen haben, anzuerkennen. Sie möchten an der Macht



«Zwar sind wir unfähig, unserem Land zu helfen, aber wenigstens können wir noch dies oder das zerstören.» («Prawo i zycie», Warschau, Nr. 18/1989)